tartais rechnete, sieht sich gezwungen, nun „umzulernen". Er sieht ein, daß es nichts ist mit der Völkerverbrüderung. Wenn dieser Tage die Provinzialwahlen in Ostpreußen das Ergebnis hatten, daß die Rechte mit insgesamt 48 unter den 86 Mandaten die absolute Mehrheit erhält, so bedeutet das geradezu einen Umsturz der öffentlichen Meinung. Als wir im Januar für die Nationalversammlung an die Urne traten, hatten wir noch keinen Frieden, glaubten wir noch an das Märchen von dem Menschheitsbeglücker Wilson. Die eigentlichen Nachkriegswahlen bei uns sollen noch erst kommen. In rechtsstehenden Kreisen wird bestimmt angenommen, daß auch sie das gleiche Bild zeigen werden wie im übrigen Europa: der Pazifismus muß die Zeche bezahlen. Den Gewinn haben die Extremen, die auf der äußersten Rechten, zu geringerem Teil die auf der äußersten Linken.

In Deutschland kommt natürlich noch die Enttäuschung darüber hinzu, daß die Neuordnung der Dinge im November vorigen Jahres uns keineswegs das ersehnte goldene Zeitalter gebracht hat; in weiten Schichten wählt man oppositionell, heute also deutschnational, um einfach seiner Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen Ausdruck zu geben. Aber in der Hauptsache ist diese rückläufige Bewegung doch genau so eine internationale Erscheinung wie die Grippe oder die Kohlennot; unter allen Völkern gibt es eine Reaktion gegen die Herrschaft der Phrase.

Germanicus.

Die Reichseinkommensteuer.

Steuerstufen und Anteil der Länder.

Die angekündigten drei Gesetzentwürfe über Reichseinkommensteuer, Kapitalertragssteuer und die Landesbesteuerung werden in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen. In dem Gesetz über die Reichseinkommensteuer wird im einzelnen das genau dargelegt, was als steuerbares Einkommen zu gelten hat. Die steuerfreie Grenze beträgt 1000 Mark. Der steuerfreie Einkommensteil erhöht sich für die erste, zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark, für jede weitere um 300 Mark. Der Steuertarif selbst besagt: Die Einkommensteuer beträgt:

für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	10 %
für die nächsten 1000 Mark des steuerpflicht. Einkommens	11 %
" " " " " " " "	12 %
" " " " " " " "	13 %
" " " " " " " "	14 %
(usw. bis 24 %)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 2000 Mark	25 %
(usw. bis 29 %)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 3000 Mark	30 %
(usw. bis 34 %)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 5000 Mark	35 %
(usw. bis 44 %)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mark	45 %
(usw. bis 49 %)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 Mark	50 %
(usw. bis 52 %)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mark	53 %
" " " " " " 30 000 Mark	54 %
" " " " " " 40 000 Mark	55 %
" " " " " " 50 000 Mark	56 %
(usw. bis 59 %)	
für die weiteren Beträge	60 %

Danach würde also eine Einzelperson mit einem Einkommen von 7000 bis 8000 Mark an Reichseinkommensteuer 1080 Mark, eine solche mit einem Einkommen von 20 500 Mark an Reichseinkommensteuer 4200 Mark zu zahlen haben. Bei Verheirateten usw. reduziert sich der Betrag, wie oben angegeben, um die Anzahl der Haushaltungsmitglieder.

In dem **Kapitalsteuerertragsgesetz** wird bestimmt, daß von den Erträgen aus Kapitalvermögen eine besondere sogenannte Kapitalertragssteuer erhoben wird. Als Kapitalerträge gelten alle Erträge ohne Rücksicht darauf, ob sie in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe oder außerhalb eines solchen entfallen.

Das dritte Gesetz, über die **Land-Besteuerung**, regelt die Steuerordnungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Grundsätzlich wird darin bestimmt, daß die Inanspruchnahme von Steuergebieten durch Reichsgesetz die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ausschließt, wenn nicht reichsgesetzlich ein anderes vorgeschrieben ist. Die Erhebung von Zuschlägen zu Reichssteuern ist den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nur auf Grund reichsgesetzlicher Ermächtigung gestattet. Die Länder erhalten einen Anteil vom Ertrage der Reichseinkommensteuer mit Ausschluß der Kapitalertragssteuer, die dem Reiche ungekürzt verbleibt. Unter diesen Vorbehalten erhalten die Länder für sich und ihre Gemeinden und Gemeindeverbände:

a) von den Steuerbeträgen der Steuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen 15 500 Mark nicht übersteigt, einen Anteil von 90 %,

b) von den Steuerbeträgen der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 15 500 Mark bis 25 500 Mark 80 %,

c) von mehr als 25 500 bis 50 000 Mark 60 %,

d) von mehr als 50 000 bis 150 000 Mark 50 %,

e) von mehr als 150 000 bis 400 000 Mark 40 %,

f) von den Steuerbeträgen der höheren Einkommen einen Anteil von 20 %.

Von den Steuern, die das Reich an Stelle der allgemeinen Einkommensteuer von nichtphysischen Personen erhebt, beträgt der Anteil unabhängig von der Steuerstufe 50 % des Steuerbetrages. Die Länder sind verpflichtet, an ihren Anteil die Gemeinden unter besonders aufgestellten Grundsätzen zu beteiligen.

Politische Rundschau.

✦ **Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse.** Wie halbamtlich gemeldet wird, trifft es zu, daß der Untersuchungsausschuß für die Prüfung der Wilsonschen Friedensaktion und den Entschluß zum U-Boot-Krieg nicht mehr die Absicht hat, Hindenburg und Ludendorff zu vernehmen. Man ist der Ansicht, daß die bisherigen Ausführungen der beiden Feldherren für die Zwecke dieses Unterausschusses hinreichen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß man auf ihre Bekundungen zu den Problemen anderer Unterausschüsse nicht noch bei gegebener Gelegenheit zurückkommen wird. Wann das der Fall sein kann, steht noch dahin. Die Arbeit der Unterausschüsse teilt sich in nichtöffentliche und öffentliche Sitzungen. Die gewonnenen Ergebnisse müssen von Zeit zu Zeit in nichtöffentlichen Sitzungen verarbeitet werden, und auch die öffentlichen Sitzungen bedürfen sorgfältiger Vorbereitung.

Rußland.

✖ **Rückzug Koltschaks.** Ein bolschewistischer Funkspruch aus Moskau meldet, daß die Koltschakischen Truppen sich in einem panikartigen Rückzug gegen Irkutsk befinden. Die roten Truppen stehen bereits 60 Werst östlich von Omsk und setzen die Verfolgung fort. Andere rote Truppen sind bis zur Grenze Chinas vorgedrungen. Auch im nördlichen Turkestan dringen die bolschewistischen Truppen weiter vor.

Gegen die Politisierung der Schüler.

Ein neuer Erlaß Haenischs.

Der preußische Kultusminister Haenisch hat eine neue Verfügung erlassen, in der es heißt: „Nach der einhelligen Auffassung der preußischen Staatsregierung ist die Schuljugend, die zu staatsbürgerlichem Verständnis erst herangebildet werden muß, vor unfruchtbarem Zwist, sind Erziehung und Unterricht vor daraus sich ergebenden tiefgreifenden Störungen zu bewahren. Das gesamte Schulleben muß daher von politischen Streitigkeiten aller Art freigehalten werden. Daraus folgt: 1. Die Schule darf parteipolitischen Bestrebungen unter der Schuljugend keinerlei Förderung gewähren; 2. die Lehrer müssen jede mittelbare oder unmittelbare Beeinflussung ihrer Schüler nach irgendeiner politischen Richtung hin streng vermeiden; 3. die Schüler haben sich innerhalb der Schule aller politischen Streitigkeiten und jeder herausfordernden Betonung ihres Parteistandpunktes (z. B. durch Tragen von Abzeichen) zu enthalten.

Wilsons Verzicht auf Ratifizierung.

Wie aus Washington gedrahtet wird, hat der Senat nochmals über einen Antrag Lodge, der dieselben Vorbehalte enthielt wie der frühere, abgestimmt und ihn mit 51 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Hierauf hat der Senat mit 53 gegen 38 Stimmen einen Antrag zugunsten der Ratifikation des Friedensvertrags ohne Vorbehalte ebenfalls abgelehnt. Sodann wurde der Friedensvertrag beiseite gelegt, und Lodge brachte einen Antrag ein, in dem der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird. Dieser Antrag wurde an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten verwiesen. Dann vertagte sich der Senat auf unbestimmte Zeit. Der Antrag, in dem der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird, wird zu Beginn der nächsten Session behandelt werden. Man erwartet, daß sich darüber nochmals ein heftiger Kampf entwickeln wird. Wie verlautet, ist die Regierung gegen eine derartige Methode der Beendigung des Krieges.

Von ganz besonderem Interesse ist nun die Situation, wie sie sich in Washington ergeben hat. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man vor einer ganz neuen Entwickelung der Dinge steht. Diese Entwicklung würde noch beschleunigt werden und sogar schon in entscheidendes Stadium eingetreten sein, wenn eine Nachricht sich bestätigen sollte, die von anderer Seite, über neutrales Gebiet, gekommen ist. Danach soll Wilson infolge der Abstimmungen im Senat bereits auf die Fortführung der Verhandlungen und damit auf die Ratifizierung des Vertrages verzichtet haben.

Deutsche Nationalversammlung.

(115. Sitzung.) *CB.* **Berlin, 21. November.**

Die heutige, schwach besetzte Sitzung wurde von dem Präsidenten Fehrenbach mit der Mitteilung eröffnet, daß der Schriftführer Bolz (Ztr.) sein Amt als Schriftführer niedergelegt habe, weil er Württembergischer Minister geworden ist. Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten, an deren erster Stelle nicht weniger als 37

kleine Anfragen

standen. Aus dieser Fülle heben wir die folgenden, weil allgemein bemerkenswert, heraus. Der Abg. Dr. **Philipp** (Deutschnat. Vp.) wies darauf hin, daß die Reichsstelle für Gemüse und Obst die Preise für verschiedene Gemüsearten bedeutend herabgesetzt habe, so daß eine Schädigung der Gemüsezüchter erfolgt ist. Unterstaatssekretär **Peters** erwiderte darauf, daß die Herabsetzung der Preise erfolgte, als eine überaus reiche Ernte festgestellt wurde. Da sich inzwischen die Verhältnisse wesentlich geändert haben, ist die Preisherabsetzung wieder rückgängig gemacht worden, so daß in der Hauptsache die alten Preise Geltung haben. Der gleiche Abg. Dr. Philipp führte weiter Beschwerde über das Überhandnehmen der Wetten über französische Rennen in Deutschland. Unterstaatssekretär Lewald entgegnete, daß die Regierung bemüht sei, mit allen Mitteln dagegen zu arbeiten. Sie habe sich mit den Landesbehörden in Verbindung gesetzt, und der preußische Minister des Innern sei bereit vorzugehen. Sodann wies der Abg. Dr. **Becker** (Deutsche Vp.) auf die traurige Lage der

deutschen Gefangenen in Sibirien

hin. Geheimer Legationsrat v. **Keller** antwortete. Im europäischen Rußland, soweit es sich in den Händen der Bolschewisten befindet, konnten die Gefangenen nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk in die Heimat zurückkehren. Es seien allerdings manche freiwillig zurückgeblieben. Ein Zurückhalten fand statt im Bezirke Orenburg, der zeitweise in der Gewalt der Tschecho-Slowaken war. Dort befinden sich noch etwa 7000 Mann. Sie werden hoffentlich jetzt in die Heimat zurückkehren. In Turkestan sind noch 8800 Mann. Sie werden nach Möglichkeit unterstützt. Ferner verwies der Abg. **Schiele** (Deutschnat. Vp.) auf eine Bekanntmachung des Landrates Schubert in Schmalkalden, der gedroht habe, die Stadtbevölkerung werde sich Kartoffeln gewaltsam aneignen, weil die Landbevölkerung ihre Lieferungspflicht nicht erfülle. Unterstaatssekretär **Peters** erteilte darauf die Antwort, daß sich in der Provinz Hessen-Nassau der Landbund geweigert habe, Kartoffeln zu liefern, solange die Preise nicht erhöht seien. Diesen ungesetzlichen Strömungen muß nachdrücklich entgegengetreten werden. (Beifall links). Die Anfragenden sollten in den ihnen nahestehenden Kreisen dahin wirken, daß die Vorschriften erfüllt würden. (Lachen rechts). Der Abg. **Schiele** (Deutschnat. Vp.) verlangte in einer Anfrage Maßnahmen der Regierung gegen den Verkauf durch Opiumzusatz vergiftete Zigaretten in englischer Packung, da solche Zigaretten schon viele Vergiftungen und Todesfälle herbeigeführt hätten. Ein Regierungsvertreter erklärte, das Reichsgesundheitsamt hat wegen solcher in der Presse geschilderter Fälle eingehende Ermittlungen angestellt. In keinem Falle aber haben sich die Gerüchte über Vergiftungen infolge des Genusses englischer Zigaretten bestätigt. Ferner erklärte auf eine Anfrage des Abg. Dr. **Becker** (Deutschnat. Vp.) der Ministerialdirektor **Müller**, die Regierung könne über die

Vergebung von Lieferungen zum Wiederaufbau in Belgien und Frankreich

keine grundsätzlichen Entscheidungen treffen, solange wir nicht wissen, wie Frankreich sich dazu stellt. Die Regierung wird aber solche Lieferungen nicht an Einzelpersonen, sondern nur an Organisationen vergeben, bei denen übermäßige Gewinne ausgeschlossen sind. Der Abg. **Warmuth** (deutschnat. Vp.) brachte den

Fall Helmhake

zur Sprache. Helmhake soll, Berliner Blättern zufolge, im Frühjahr 1915 durch seinen Kompagnieführer in bestialischer Weise zu Tode gemartert worden sein. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß über den Sachverhalt zurzeit nichts Endgültiges mitgeteilt werden könne. Das Verfahren schwebe noch, und es werde möglichst beschleunigt werden.

Der deutschnationale Abg. **Warmuth** wies auf die völkerrechtswidrige Zurückhaltung des Generalfeldmarschalls von Mackensen in Saloniki hin. General v. Frantecki erwiderte, die Regierung hat gegen die Zurückhaltung schärfsten Protest erhoben und sofortige Freilassung gefordert. Erst jetzt aber habe sich die französische Regierung bereit erklärt, den

Generalfeldmarschall Mackensen freizulassen.

Der Reichsverkehrsminister hat beantragt, daß er auf dem bequemsten und kürzesten Wege heimkehren dürfe, und die französische Regierung hat sich dazu bereit gefunden, daß die Rückkehr auf dem Landwege über Italien erfolge. Ferner wird auf eine Anfrage des Abg. **Warmuth** mitgeteilt, daß ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärjustiz der Nationalversammlung nächstens zugehen werde.

Nach Erledigung der kleinen Anfragen folgte der Bericht des Ausschusses für Wahlprüfungen über die Wahl des Abg. **Simon-Franken** (U. Soz.). Der Ausschuß beantragt die Ungültigkeit der Wahl und die Mehrheit des Hauses beschließt also. Dann vertagt sich das Haus auf morgen.

Nah und Fern.

o **Über die Neuordnung der deutschen Rechtschreibung wird mitgeteilt:** Auf der Vorbesprechung zur Reichsschulkonferenz herrschte Einmütigkeit darüber, daß mit der Schulreform auch eine Reform der Rechtschreibung Hand in Hand gehen müsse. Die Reichsregierung wird die Angelegenheit voraussichtlich bei der demnächst stattfindenden Sitzung des für die Vorbereitung der Reichsschulgesetzgebung und der Reichsschulkonferenz einberufenen Ständigen Ausschusses zur weiteren Erörterung stellen.

o **Der langsame Postverkehr.** Auch nach Aufhebung der Personenverkehrssperre wird der Postverkehr nicht die frühere Schnelligkeit erreichen, da sehr viele Züge ausfallen und auf allen Strecken nur ein Schnellzugspaar verkehrt. Es muß also auch weiterhin mit einer starken Verzögerung des Postverkehrs gerechnet werden.

o **Einstellung der Flugpost.** Mit dem Ende der Verkehrssperre müssen die Flugposten ihren Betrieb einstellen, da ihnen Betriebsstoff nur für die Zeit der Eisenbahnsperre zugewiesen worden war. Wie verlautet, wird der Verkehr des Luftschiffes „Bodensee" hierdurch nicht betroffen.

o **Für die durchgehende Arbeitszeit.** Der Oberbürgermeister und die Handelskammer von Trier bitten dringend alle Bürger, besonders die Handel- und Gewerbetreibenden, so rasch wie möglich die durchgehende Arbeitszeit einzuführen zur Ersparnis der Beleuchtung und damit der Kohlen.

o **Eine Räuberbande verhaftet.** Seit Monaten wurde der Osten Berlins von einer zwanzigköpfigen Räuber- und Einbrecherbande — achtzehn Männer und zwei Frauen — schwer heimgesucht. Sie plünderten ein Warenhaus, sperrten eines Nachts die Straßen gegen unliebsame Störer ab und — raubten eine Honigfabrik aus. In der Nacht zum 9. April wurde der Kohlenhändler Max Reinhard in der Greifenhagener Straße von ihnen erschossen, weil er, der seinen Kohlenhof selbst bewachte, den Einbrechern mit der Pistole entgegentrat. Jetzt ist es endlich gelungen, dreizehn Mitglieder der Bande festzunehmen.

o **Die gesamten Aufwendungen der Stadt Dresden zu der Erwerbslosenfürsorge** beziffern sich bis Mitte Oktober 1919 auf 117 575 000 Mark. Davon sind vom Reich bisher insgesamt 34 906 282 Mark zurückerstattet worden, während 82 073 000 Mark zu erstatten sind. Es sind wenig Aussichten vorhanden, daß das Reich noch größere Rückzahlungen machen wird.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes".

Ein baltisches Bündnis.

Stockholm, 22. Nov. (tu.) Nach einer Revaler Meldung haben die Dorpater Verhandlungen zur Bildung eines baltischen Bündnisses zwischen Estland, Litauen und Lettland geführt.

Maßnahmen zur Hebung der Valuta.

Berlin, 22. Nov. (tu.) Im Reichswirtschaftsministerium haben in der letzten Zeit Besprechungen stattgefunden über Maßnahmen zur Hebung der Valuta. Das Ergebnis zeigte sich in einer gewissen Geneigtheit der maßgebenden Stellen, zu den Mitteln von Ausfuhrzöllen zu greifen. Der Hauptverband der deutschen Industrie, der sämtliche maßgebende Organisationen der Industrie umfaßt, war gestern in Berlin versammelt, um die gleiche Angelegenheit zu beraten. Die diesem Hauptverband angeschlossene Industrie hat sich sämtlich bereiterklärt, im Wege der Selbstverwaltung die Ein- und Ausfuhr zu kontrollieren, um dadurch den Stand unserer Valuta zu bessern, die planlosen Einkäufe im Auslande zu verhindern und dem Verschleudern deutscher Waren nach dem Auslande vorzubeugen.

Annahme des Bündnisvertrages durch den amerikanischen Senat?

Von der Schweizer Grenze, 22. November (tu.) Pariser Blättern zufolge hat die französische Regierung von den republikanischen Führern Amerikas die Zusicherung erhalten, der amerikanische Senat werde den französisch-englisch-amerikanischen Bündnisvertrag annehmen.

Generalleutnant Wirbel oberster Militärverwalter des Saargebiets.

Saarbrücken, 22. Nov. (tu.) Durch neue Verfügung des französischen Ministerpräsidenten ist dem Generalleutnant Wirbel das Amt des obersten Militärverwalters des Saargebietes übertragen worden. Er ist der Nachfolger des Generals Andlauer, der hier ein Jahr lang die Militärgeschäfte führte.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, den 22. November 1919.

Wir gedenken der Toten, der Toten . . .

Der heutige Sonntag redet vom Sterben wie kaum ein anderer Tag. Und in Scharen ziehen sie hinaus zu jenen stillen Stätten, wo die großen und die kleinen Gräber sind. Sie sinnen und bewegen tiefe Wehmutsgedanken, sie schmücken einen letzten Ruheplatz mit Kränzen der Treue und der Dankbarkeit, sie gehen heim, und es klingt etwas nach von Friedhofsernst und Todesschwere. Wir gedenken der Toten . . . . Wir können's kaum fassen, daß ein rüstiger Mensch plötzlich aus seinem Schaffen abgerufen wurde. Es zerreißt einem das Herz, daß ein liebes von hundert Hoffnungen umwobenes Kind auf einmal stumm und tot sein soll. Und so könnte weiter geredet werden von all den Fällen, wo der Tod nach Menschenermessen viel zu früh sich einstellte, als ein mitleidloser Vernichter menschlichen Glückes. Aber auch, wo er längst erwartet werden mußte, wo langwieriges Siechtum voraufging oder silberweißes Haar auf die siebzig, achtzig Jahre des Psalmisten wies, ja selbst dort, wo er wie eine Erlösung von schwerstem

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF